

III. Zwischen Aufstand und Aufruhr

Eine proletarische Revolution – das stand für die Bolschewiki und ihre westlichen Adepten außer Frage – war ohne Bürgerkrieg nicht vorstellbar. Das Freund-Feind-Denken der Kommunisten ließ den Gedanken an einen unblutigen Systemwechsel nicht zu. Die Führungsfunktionäre waren überzeugt: Die „Bourgeoisie“ würde ihre Macht nicht kampfflos abgeben, vielmehr sammelte sie schon ihre „Bürgerkriegsarmee“, um die Arbeiterschaft notfalls mit Waffengewalt zu unterdrücken. Diese von der kommunistischen Propaganda beständig wiederholte Grundüberzeugung konnte im politischen Alltag nicht folgenlos bleiben, schürte sie doch erstens die Revolutionserwartungen der kommunistischen Anhänger und zweitens deren Bereitschaft, politische Gewalt auszuüben.

Diese beiden Komplexe werden im Folgenden zunächst am Fallbeispiel des so genannten Berliner Blutmai von 1929 behandelt, in dem sich wie unter einem Brennglas die Spannungen zwischen Revolutionserwartung und den Erfordernissen der Realpolitik zeigen, bevor dann in einem zweiten Schritt die Widersprüche der kommunistischen Gewaltpolitik untersucht werden. In diesem Zusammenhang wird auch auf die „Sozialfaschismus“-Doktrin einzugehen sein, derzufolge sich die Sozialdemokratie mit ihrer Entscheidung, auf den von den Kommunisten abgelehnten *evolutionären* Systemwechsel zu setzen, bereits mit dem „Klassenfeind“ verbündet hatte. Allerdings stellte sich angesichts dieser Konfrontation mit dem „abtrünnigen“ Flügel der deutschen Arbeiterbewegung für die Komintern die Frage, wie sie trotz der Diffamierung der Sozialdemokratie als „Sozialfaschisten“ die für eine Revolution notwendige „Mehrheit innerhalb der Arbeiterbewegung“ erlangen konnte.

1. Moskau und der Berliner „Blutmai“ von 1929

In den Tagen vom 1. bis zum 3. Mai 1929 kam es in Berlin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der sozialdemokratisch geführten Polizei und den Teilnehmern einer verbotenen Mai-Demonstration – oder vielmehr: einer Vielzahl von sich immer wieder auflösenden und an anderer Stelle spontan neubildenden Ansammlungen in Arbeitervierteln. Wegen der über 30 Todesopfer, die schließlich zu beklagen waren, wurden diese Tage von der KPD als „Blutmai“ bezeichnet und propagandistisch ausgeschlachtet.¹ Die Vorgeschichte dieses verhängnisvollen 1. Mai 1929 begann mit dem Verbot sämtlicher Demonstrationen und Versammlungen durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Berlin, Karl Zörgiebel, am 13. Dezember 1928. Die zunehmenden gewaltsamen Ausschreitungen

¹ Die bislang beste Untersuchung zum „Blutmai“, auf die auch ich mich zur Darstellung der Geschehnisse in Berlin weitgehend stütze, ist: Kurz, „Blutmai“. Vgl. auch Bowlby, Blutmai 1929. Demgegenüber fällt deutlich ab: Schirmann, Blutmai Berlin 1929.

vor allem von Kommunisten und Nationalsozialisten gegen politische Gegner ließen für ihn die Lage als so gefährlich erscheinen, dass er dieses Versammlungsverbot auch am 1. Mai, dem traditionellen Tag der Arbeit, aufrechterhalten wollte. Am 21. März 1929 hatte der preußische Innenminister Albert Grzesinski dieses Verbot auf ganz Preußen ausgedehnt.² Die deutsche Parteiführung sah in dem Versammlungsverbot „eine Kraftprobe zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten“. Das Sekretariat der KPD beschloss daher, auf die Herausforderung einzugehen und ordnete an, „keineswegs“ auf die Demonstrationen zu verzichten, sondern sie „trotz und gegen alle Verbote durchzuführen“.³ Die Agitpropabteilung der Komintern hatte die Sektionen bereits vorher in Instruktionen für den 1. Mai angewiesen, den „Kampf um ‚das Recht auf die Straße‘“ zu einer der Hauptparolen der Mai-Kampagne zu machen: „Selbstverständlich müssen sich die Kommunistischen Parteien durch bürgerliche Gesetzlichkeit nicht einschränken, von Polizeidrohungen nicht einschüchtern lassen, sondern das Proletariat am 1. Mai auf die Straße rufen.“⁴

Obleich KPD und SPD im Folgenden einen regelrechten „Pressekrieg“ führten⁵, war die Kominternführung jedoch nicht darauf aus, die deutsche Partei in Berlin einen Bürgerkrieg entfachen zu lassen. In Moskau wurde die Maidemonstration vielmehr als Teil einer Kampagne zur Verteidigung der Sowjetunion gegen eine angeblich drohende Intervention der „imperialistischen Mächte“ Westeuropas gesehen.⁶ Daher machte sich das EKKI vor allem Gedanken darüber, welche prosowjetischen Parolen die Demonstranten mit sich führen sollten und weniger, welche Konsequenzen der Bruch des Versammlungsverbotes haben könne. Schließlich ging die Komintern zudem davon aus, dass die Demonstration in Berlin aufgrund des öffentlichen Druckes letztlich doch erlaubt würde: Die Sozialdemokraten verlören „eine Position nach der anderen“, berichtete ein Mitarbeiter des Westeuropäischen Büros der Komintern am 27. April siegessicher nach Moskau, Berlin sei die letzte Stadt, in der noch ein Demonstrationsverbot gelte.⁷

Wenn von kommunistischer Seite daher öffentlich erklärt wurde, Zörgiebel wolle in Berlin ein großes „Blutvergießen provozieren“, dann entsprach dies keinesfalls den tatsächlichen Erwartungen der KPD-Führung. Trotz aller hasserfüllten Propaganda gegen die Sozialdemokraten hatte die KPD-Führung, wie die Politische Polizei durch Observation kommunistischer Veranstaltungen erfahren

² Winkler, *Schein der Normalität*, S. 671 f.; Kurz, „Blutmai“, S. 19f.

³ Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen vom 28. 3. 1929, in: Weber, *Generallinie*, S. 7f. Ähnlich bereits: Rundschreiben [des Sekretariats] an alle Bezirksleitungen und Redaktionen vom 25. 3. 1929, in: Weber, *Generallinie*, S. 1.

⁴ Instruktion der Agitpropabteilung des EKKI vom 4. 3. 1929, RGASPI 495/18/693: 159–164, hier: 161.

⁵ So Kurz, „Blutmai“, S. 22.

⁶ Vgl. den Entwurf des PS für die Durchführung der Maifeiern vom 21. 3. 1929, RGASPI 495/18/693: 145.

⁷ Brief „Max“ [d. i. Petrovskij] an unbekannt vom 27. 4. 1929, RGASPI 495/18/725: 19. Am 30. 4. 1929 tauchten in Berlin schließlich Flugblätter auf, denen zufolge das Demonstrationsverbot aufgehoben worden sei. Zörgiebel habe der Polizei zudem untersagt, Karabiner zu tragen, somit sei es ungefährlich, an den Demonstrationen teilzunehmen. Kurz, „Blutmai“, S. 27.

konnte, immer wieder auch zur Zurückhaltung aufgerufen.⁸ Dies heißt nicht, dass der KPD eine gewaltfreie Demonstration vorschwebte: Eine mögliche Eskalation der Gewalt wurde billigend in Kauf genommen, aber von deren tatsächlichem Ausmaß wurden die Führungskader der Partei dann völlig überrascht.⁹ Zur Katastrophe kam es vor allem, weil die Polizeiführung trotz der nachrichtendienstlichen Erkenntnisse die KPD-Propaganda für bare Münze nahm und fest davon überzeugt war, sie müsse am 1. Mai einen bewaffneten Umsturzversuch abwehren.¹⁰ Als sich trotz Verbots erwartungsgemäß immer mehr Demonstrationsgruppen zusammenfanden und sich nicht zerstreuten, obwohl die Polizei sie dazu aufforderte, machten die solchermaßen eingestimmten Beamten bald von ihren Schusswaffen Gebrauch. In den Mittagsstunden des 1. Mai hatte es die ersten Toten gegeben, am Abend dieses Tages wurden amtlich bereits neun Tote und 63 Schwerverletzte gezählt; die Gesamtbilanz der Gewalttätigkeiten, die sich auch am 2. und 3. Mai fortsetzten, verzeichnete schließlich 33 Tote und 198 Schwerverletzte. Wie unverhältnismäßig der Einsatz der Polizei mit Maschinengewehren und Sperrfeuer war, lässt sich daran ermesen, dass nur ein Beamter eine Schussverletzung erlitt – beim Säubern seiner eigenen Waffe.¹¹

Die KPD-Führung reagierte auf die Ereignisse in Berlin geradezu panisch. Rosa Meyer-Leviné berichtete in ihren Erinnerungen von einem „sehr aufgeregten ZK“, das am Abend des 1. Mai „in totaler Konfusion durcheinander schrie.“ Thälmann und seine engsten Gefährten seien sogar nach Dresden geflohen, weil sie fürchteten, verhaftet zu werden.¹² Die deutschen Berufsrevolutionäre bekamen es mit der Angst zu tun und bemühten sich, mit einem hastig gedruckten Flugblatt¹³ mäßigend auf die Demonstrierenden einzuwirken. Das war für eine revolutionäre Partei ein ungewöhnliches Verhalten – und als Thälmann zwei Wochen später in Moskau über die Ereignisse in Berlin berichtete, brachte er dieses für die KPD-Spitze unangenehme Dilemma auf den Punkt:

„Die Situation war für uns äußerst schwierig, noch dazu, wo solche stimmungsgemäß verständlichen Auffassungen im Proletariat vorhanden sind ‚Her mit den Waffen!‘ Hier war es Aufgabe der Partei, diese Stimmung nicht zu unterdrücken und trotzdem die richtige Taktik, angepasst den Verhältnissen zu finden[sic].“¹⁴

⁸ Vgl. den Bericht der Politischen Polizei über eine Rede von Max Hoelz in Lichtenberg vor RFB-Mitgliedern am 20. 4. 1929, in der Hoelz gefordert habe, am 1. Mai „eiserne Disziplin“ zu wahren und „leicht erregbare Genossen“ zu beruhigen. Zitiert in: Schuster, *Der Rote Frontkämpferbund*, S. 220.

⁹ So hatte der Redakteur der „Roten Fahne“, Werner Hirsch, Mitte April auf einer kommunistischen Versammlung erklärt, es stehe fest, „dass es zu Blutvergießen kommen werde“. Zitiert nach: Kurz, „Blutmai“, S. 103. Auch Hoelz hatte in seiner Rede vom 20. 4. 1929 die Möglichkeit eines Blutbades erwähnt. Es lässt sich jedoch darüber spekulieren, inwieweit diese Erklärungen angesichts der gewaltgeprägten Revolutionssprache der KPD mehr als nur abstrakte Propaganda war.

¹⁰ Kurz, „Blutmai“, S. 76 f.

¹¹ Zum genauen Ablauf der Straßenkämpfe vgl. ebenda, S. 33–68,

¹² Vgl. ebenda, S. 103.

¹³ Der Aufruf des ZK der KPD vom 2. 5. 1929 ist abgedruckt in: *Dokumente und Materialien*, Bd. 8, S. 797–799.

¹⁴ Thälmann in der Sitzung des WEB vom 16. 5. 1929, RGASPI 499/1/12: 40–60, hier: 44.

Obwohl sich die KPD-Spitze dann nach den ersten Ausschreitungen bemüht hatte, „revolutionärer aufzutreten“, wie Thälmann sich ausdrückte¹⁵, und so die revolutionäre Fassade aufrechtzuerhalten, öffnete sich zwischen ihr und den „Barrikadenkämpfern“ im Wedding und in Neukölln, den beiden Zentren der Auseinandersetzungen, eine Kluft. Letztlich hatte die Parteiführung kaum noch Einfluss auf das Geschehen vor Ort: Bemerkenswerterweise gehörten von den über 1200 Festgenommenen nur 119 kommunistischen Organisationen an, darunter 89 dem RFB; unter den zunächst gemeldeten 25 Toten war kein Mitglied der KPD.¹⁶ Für die *Berliner Volkszeitung* waren die Unruhen daher auch „eher kriminell als politisch“ motiviert.¹⁷ Auf Regierungsebene ging man über diese Tatsache hinweg: Als eine erste Reaktion auf die Unruhen wurde am 2. Mai die *Rote Fahne* verboten, am 6. Mai folgte das Verbot des Rotfrontkämpfer-Bundes (RFB) – eine Maßnahme, die schon lange geplant gewesen war und für die sich nun der entscheidende Anlass gefunden hatte. Ein Verbot der KPD selbst wurde von Reichsinnenminister Severing hingegen abgelehnt, da es nicht durchführbar sei.¹⁸

Konflikte hatte man zwar offensichtlich in Moskau ebenso wie in der KPD-Zentrale erwartet – Kriegskommissar Kliment Voroschilov hatte am 1. Mai mit Blick auf das Demonstrationsverbot Zörgiebels erklärt, dass die Arbeiter in Berlin trotzdem demonstrieren würden¹⁹ –, doch war man in der Komintern ebenso von der Heftigkeit der Ausschreitungen überrascht wie in Berlin. Auffälligerweise wurde in Moskau über die Berliner Ereignisse erst am 3. Mai in der russischen Delegation beim EKKI beraten, die jedoch die Behandlung dieser Frage sogleich „bis zum Erhalt genauerer Informationen“²⁰ vertagte und beschloss, vorerst nichts zu unternehmen.²¹ Im Politbüro der VKP(b) wurden die Ausschreitungen sogar erst

Drei Jahre später berichtete Thälmann vor der PK, dass diese Forderungen auf einer illegalen Sitzung der KPD im Berliner Rathaus erhoben worden seien, und dass er dagegen aufgetreten sei. Vgl. Thälmanns Ausführungen in der Sitzung der PK vom 14. 5. 1932, RGASPI 495/4/188a: 6–66, hier: 53.

¹⁵ Thälmann in der Sitzung des WEB vom 16. 5. 1929, RGASPI 499/1/12: 40–60, hier: 45.

¹⁶ Vgl. Kurz, „Blutmai“, S. 72, und Bowlby, *Blutmai 1929*, S. 149f. Kurz gibt insgesamt 1228 Festnahmen an, Bowlby 1202.

¹⁷ Artikel der *Berliner Volkszeitung* vom 2. 5. 1929, zitiert nach: Bowlby, *Blutmai 1929*, S. 153, Fn. 77.

¹⁸ Vgl. Kurz, „Blutmai“, S. 68–74. Während das Verbot der „Roten Fahne“ nur für einige Wochen aufrechterhalten wurde, war das Verbot des RFB endgültig. Vgl. dazu die Ministerbesprechung des Reichskabinetts am 6. 5. 1929, in: AdR, Müller II, Bd. 1, S. 643–646.

¹⁹ Vgl. den Bericht von Reichsaußenminister Gustav Stresemann in der Ministerbesprechung des Reichskabinetts am 6. 5. 1929, in: AdR, Müller II, Bd. 1, S. 643–646, hier: S. 645; und die Aufzeichnung B. S. Stomojankovs vom 3. 5. 1929 über sein Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Moskau Dirksen am 2. 5. 1929, abgedruckt in: Sevost'janov, *Dukh Rapallo*, S. 141–145. Stomojankov bemühte sich zu versichern, dass Voroschilov die deutsch-sowjetische „Freundschaft und Zusammenarbeit“ weiterhin sehr schätze.

²⁰ Protokoll Nr. 10 der russischen Delegation beim EKKI vom 3. 5. 1929, Pkt. 1, RGASPI 508/1/82: 1.

²¹ Vgl. Brief Pjatinickijs an Stalin vom 7. 5. 1929, RGASPI 495/18/715: 1.

am 9. Mai behandelt, also fast eine Woche nach den Unruhen in Berlin, als Stalin seine Einschätzung der Ereignisse vortrug.²²

Das Telegramm vom „Politischen Büro in Moskau“, das angeblich bereits am 2. Mai vom Haupttelegraphenamt in Berlin abgefangen worden war und das Severing am 6. Mai dem Reichskabinett vorlas²³, ist daher eine Fälschung: Weder hatte sich das sowjetische Politbüro zu diesem Zeitpunkt bereits mit den Straßenkämpfen in Berlin befasst, noch findet sich in den Akten dieses Gremiums der Text eines solchen Telegramms.²⁴ Entsprechend der nach außen hin vollzogenen Trennung der Sphären von sowjetischer Führung und Komintern bemühte sich das Politbüro vielmehr, möglichst nicht mit den Ereignissen in Berlin in Verbindung gebracht zu werden. Die bolschewistische Führung beschloss am 9. Mai daher lediglich, einen bereits vom WEB vorbereiteten Aufruf zu den Mai-Ereignissen zu billigen und gab dem EKKI den Auftrag, einen weiteren Aufruf zu entwerfen.²⁵ Voroschilovs Äußerung vom 1. Mai war insofern ein „Ausrutscher“²⁶ – der dafür allerdings einmal mehr belegt, dass die Mitglieder der sowjetischen Staatsspitze in solchen Situationen ihre revolutionäre Sozialisation nur schwer abstreifen konnten. Es ist somit wahrscheinlich, dass die beiden angeblichen Telegramme aus Moskau gefälscht wurden, um die These zu belegen, dass – wie Remmele empört konstatierte – „die Sowjetunion ein Blutbad für [sic] die Kommunistische Partei in Deutschland angeordnet und befohlen hat“²⁷, um ein Verbot der KPD und des RFB durchsetzen zu können.²⁸

So wie die Regierungen im Reich und in Preußen die Maiunruhen in Berlin als Beleg für die „kommunistische Gefahr“ deuteten, wurden die Ausschreitungen

²² Vgl. Protokoll Nr. 79 des PB der VKP(b) vom 9. 5. 1929, Pkt. 7, RGASPI 17/3/739: 2. Was Stalin bei dieser Gelegenheit mitzuteilen hatte, ließ sich bislang nicht feststellen.

²³ Vgl. AdR, Müller II, Bd. I, S. 643–646, hier: S. 644.

²⁴ Auch in den Sitzungen des PB der VKP(b) vom 25. 4. 1929 und 3. 5. 1929 war nicht über die Maidemonstration gesprochen worden – vielmehr standen Kreditverhandlungen mit Deutschland auf der Tagesordnung. Vgl. die Protokolle Nr. 77 und 78, RGASPI 17/3/737f.

²⁵ Vgl. Protokoll Nr. 79 des PB der VKP(b) vom 9. 5. 1929, Pkt. 7, RGASPI 17/3/739: 2. Auch der zunächst geplante zusätzliche Aufruf des EKKI (vgl. Protokoll Nr. 34 des PS vom 10. 5. 1929, Pkt. 4, RGASPI 495/3/104: 1) wurde schließlich nicht veröffentlicht: Vgl. Protokoll Nr. 11 der russischen Delegation beim EKKI vom 14. 5. 1929, Pkt. 3, RGASPI 508/1/83: 1, Protokoll Nr. 81 des PB der VKP(b) vom 23. 5. 1929, Pkt. 33, RGASPI 17/3/741: 3, und Protokoll Nr. 36 des PS des EKKI vom 24. 5. 1929, Pkt. 36, RGASPI 495/3/107.

²⁶ Erst für den Weddinger Parteitag wurde vom Politbüro der VKP(b) ein Grußwort entworfen, in dem auch knapp auf den „Blutmai“ eingegangen wurde. Der Entwurf vom 14. 6. 1929 in: Protokoll Nr. 85 des PB der VKP(b), Anfragen Pkt. 40, RGASPI 17/3/745: 6.

²⁷ Remmele in der Sitzung des WEB vom 16. 5. 1929, RGASPI 499/1/12: 4–18, hier: 5.

²⁸ Wer die Telegramme jedoch gefälscht haben könnte, ließ sich nicht klären. Reichsinnenminister Severing, der die Telegramme dem Reichskabinett vortrug, wird sicherlich nicht der Auftraggeber gewesen sein, stellte er doch selbst fest, dass sich aus den Dokumenten nur eine „gewisse Verbindung“ zwischen Moskau und der KPD herauslesen lasse (nämlich eine *nachträgliche* Solidarisierung mit den Opfern), es aber keine Hinweise dafür gebe, „dass die Unruhebewegungen in Berlin in besonders starkem Maße von Russland gesteuert worden seien [...]“. Vgl. AdR, Müller II, Bd. I, S. 643–646, hier: 644f.

komplementär dazu von der stalinreuen Führungsgruppe der Komintern und KPD interpretiert: nämlich als logische Folge des vermeintlichen „Verwachsens“ der SPD-Spitze mit dem kapitalistischen Staat und den Unternehmerverbänden. Trotz des Rückschlages durch das Verbot des RFB konnte die deutsche Parteiführung den Ereignissen daher sogar etwas Positives abgewinnen, ließen sie sich doch propagandistisch ausschlagen: „Das, was wir bei der Sozialdemokratie als spezifischen Charakter des Sozialfaschismus bezeichnen, kam bei den Maikämpfen ganz scharf zum Ausdruck“, erläuterte Remmele am 16. Mai in einer Sitzung des WEB die Ereignisse in Berlin. Die preußische Polizei habe sich dort als eine „Bürgerkriegsarmee der Bourgeoisie“ erwiesen, „geschaffen durch den Sozialfaschismus“.²⁹

Das unverhältnismäßige Vorgehen der Polizei hatte aber nicht nur die kommunistischen Spitzenfunktionäre in ihrem Hass auf die Sozialdemokratie bestärkt, als sehr viel folgenreicher erwies sich die Tatsache, dass die Ereignisse in Berlin auch in den Augen der kommunistischen Anhängerschaft und eines Teiles der Arbeiterschaft die „Sozialfaschismus“-Doktrin scheinbar bestätigt hatten. Der kommunistische Student und spätere DDR-Historiker Ernst Engelberg, der die Ausschreitungen als Demonstrant selbst miterlebt hatte, schrieb wenige Tage später darüber in einem Brief: „Die Zörgiebel'sche Volkspolizei hat hier wie eine rasende gewütet, geknuppelt und [...] geschossen. [...] Doch es sind nicht aller Tage Abend; die Zeit wird kommen, wo sich die bourgeois Heldentaten der Sozialdemokratie bitter rächen werden.“³⁰

Der vermeintliche empirische Beleg für die „konterrevolutionäre“ Rolle der SPD war eine der wesentlichen Ursachen dafür, dass die Theorien der Komintern gerade in Deutschland auf verhältnismäßig fruchtbaren Boden fielen. Ein Vergleich zeigt daher, wie stark die spezifischen politischen Verhältnisse in den jeweiligen Ländern die Rezeption der Kominternpropaganda beeinflussten. In Frankreich beispielsweise waren Sozialisten und Kommunisten zwar gleichfalls erbitterte politische Gegner, jedoch standen die französischen Sozialisten nicht gewissermaßen „auf der anderen Seite der Barrikade“: Weder saßen sie vor 1936 in der Regierung, noch stellten sie in der französischen Hauptstadt den Polizeipräfekten. Da in Frankreich somit die Schärfe in der Frontstellung zwischen den beiden Arbeiterparteien fehlte, die die deutsche Innenpolitik so stark prägte, wurde die „Sozialfaschismus“-Doktrin von der Arbeiterschaft dort auch weit verhaltener aufgenommen.³¹ Bezeichnend für die verhaltenen Reaktionen der westeuropäischen Sektionen auf die Maiunruhen in Berlin ist der Bericht eines Kominterninstruktors über die Rezeption dieser Ausschreitungen in der belgischen Arbeiterschaft: Zutreffend wurde der „Blutmai“ dort als ein eher „lokales Ereignis“ betrachtet. Unter den belgischen Genossen, so beobachtete der Instrukteur, bestehe daher be-

²⁹ Remmele in der Sitzung des WEB vom 16. 5. 1929, RGASPI 499/1/12: 4–18, hier: 12.

³⁰ Zitiert nach: Kurz, Feindliche Brüder im deutschen Südwesten, S. 158.

³¹ Zu diesen unterschiedlichen politisch-gesellschaftlichen Hintergründen und ihren Auswirkungen auf die jeweilige Innenpolitik vgl. v. a.: Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 548 f., 552 f., 555 f.

züglich der „Sozialfaschismus“-Doktrin „eine gewisse passive Resistenz, die Linie der Komintern zu verteidigen“.³²

Diese Einwände boten der KPD-Führung eine willkommene Gelegenheit, sich von den anderen Sektionen abzugrenzen und sich ein weiteres Mal als besonders eifrige Vertreter der „Sozialfaschismus“-Doktrin zu profilieren: Remmele klagte, in vielen westeuropäischen Parteien bestünden „über die Rolle der Sozialdemokratie noch alte Auffassungen [...], die mit dem Wesen unserer heutigen Taktik gegenüber der Sozialdemokratie nichts mehr zu tun haben“.³³ Remmele forderte daher, dass die Parteien, in denen weiterhin für eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie plädiert und „der Radikalisierungsprozess der Arbeiterklasse abgeleugnet“ werde, viel stärker gegen den „Opportunismus“ vorgehen müssten, und präsentierte dabei die KPD als nachahmenswertes Beispiel. Ohne eine solche parteiinterne „Säuberung“, prophezeite Remmele, würden diese säumigen Sektionen „zusammenbrechen im Augenblick der ausbrechenden Revolution, oder auch bei Kriegsbeginn“.³⁴

Wenn auch die „Sozialfaschismus“-Doktrin in Deutschland aufgrund der spezifischen politischen Situation auf eine größere Resonanz stieß als in anderen Ländern Westeuropas und die KPD anders als beispielsweise die KPF in der „Dritten Periode“ einen gewissen Erfolg anstatt eines desaströsen Abwärtstrends erlebte, so blieb sie auch in der deutschen Arbeiterschaft eine Minderheitenmeinung. Das haben die deutschen Spitzenfunktionäre im Prinzip selbst erkannt: So bekannte Remmele, dass sich die Arbeiterschaft nach den Ausschreitungen in Berlin nicht in dem Maße habe mobilisieren lassen, „wie wir das nach Einschätzung der Lage erwartet hatten“ – vielmehr sei der Streikaufruf der KPD-Führung vom 2. Mai weitgehend ungehört verhallt.³⁵ Auch der EKKI-Instrukteur Petrovskij warnte in einem Brief an Pjatnickij davor, den Propagandaeffekt der Straßenkämpfe zu hoch einzuschätzen: An der feierlichen Beerdigung der Opfer der Maikämpfe hätten beispielsweise nur kommunistische Parteimitglieder teilgenommen, während in den Betrieben weitergearbeitet worden sei.³⁶ Selbst unter den Funktionären der KPD fanden sich Stimmen, die die Toten der Maiunruhen als „Abenteurer“ bezeichneten, die mit dem Proletariat nichts zu tun hätten und deren Tod daher sinnlos gewesen sei.³⁷ Als der Vorzeigerebell Max Hoelz ein Jahr später einen Text über „Weddings Jungproleten auf den Barrikaden am 1. Mai“ verfasste, lehnte es die Agitpropabteilung der KPD ab, den Aufsatz zu drucken: Hoelz habe sich von

³² Stellungnahme von „Silvio“ [d. i. Siggie Bamatter] in der Sitzung des WEB vom 16. 5. 1929, RGASPI 499/1/12: 102–106, hier: 103 f. Ähnlich kritisch der Instrukteur „Gustav“ (wahrscheinlich: Hans Walter Pfeiffer) über die KPS, RGASPI 499/1/12: 91–98.

³³ Remmele in der Sitzung des WEB vom 16. 5. 1929, RGASPI 499/1/12: 4–18, hier: 17.

³⁴ Schlusswort Remmeles in der Sitzung des WEB vom 16. 5. 1929, RGASPI 499/1/12: 131–141, hier: 137 f.

³⁵ Remmele in der Sitzung des WEB vom 16. 5. 1929, RGASPI 499/1/12: 4–18, hier: 12.

³⁶ Vgl. den Brief „Humboldts“ [d. i. Petrovskij] an Pjatnickij vom 22. 5. 1929, RGASPI 558/11/724: 119 f. Ein Foto der Zeremonie auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde ist abgedruckt in: Kurz, „Blutmai“, S. 141.

³⁷ So beispielsweise der Redakteur der „Roten Fahne“ Köhler am 5. 5. 1929. Zitiert nach: Mevius, Vijandige Broeders, S. 52.

seiner „Phantasie etwas hinreißen lassen“; in Wirklichkeit habe sich alles „viel weniger romantisch“ abgespielt. „Die Berliner Arbeiter wissen darüber Bescheid, und daher können wir uns solche farbenprächtigen Schilderungen nicht leisten.“³⁸

Auch der sowjetische Außenkommissar Chicherin, der sich zu dieser Zeit zur Kur in Deutschland aufhielt, warnte die sowjetische Führung davor, die Unruhen in Berlin trotz der hohen Zahl an Todesopfern als Fanal eines revolutionären Umsturzes zu werten. Er wies darauf hin, dass sich der angebliche „Bürgerkrieg“ trotz aller tatsächlichen Gewalt in erster Linie in der Presse abgespielt habe³⁹: „Zörgiebel schreit von Barrikadenkämpfen von 200 000 Arbeitern mit geheimen Waffen verstecken und wir ebenfalls. Unter Barrikaden versteht man Bauten, hinter denen man sich zum Schießen verschanzt. Die Barrikaden des 1. Mai indessen waren derart, dass ein Kind darüber hinwegschreiten konnte.“⁴⁰ Deutlicher hat kaum jemand formuliert, welche Farce der „Aufstandsversuch“ vom 1. Mai gewesen ist, und welch unheilvolles Eigenleben er sowohl in der pro- wie in der anti-kommunistischen Propaganda entwickelte.

2. Die Furcht vor dem „Putschismus“

Obwohl sich die KPD-Führung eifrig bemühte, ihre Partei als bolschewistischen „Musterschüler“ zu präsentieren, war die Komintern nicht mit allen Schlussfolgerungen zufrieden, die von den deutschen Kommunisten aus den Ausschreitungen vom Mai 1929 gezogen wurden. Besondere Besorgnis verursachten die Thesenentwürfe für den bevorstehenden KPD-Parteitag sowie zwei Artikel, die kurze Zeit später in der theoretischen Zeitschrift der KPD, der „Internationale“, erschienen waren. Darin hieß es unter anderem, dass mit den Maiunruhen die „erste Phase“ der „Dritten Periode“ der kapitalistischen Nachkriegsentwicklung zu Ende gegangen sei.⁴¹ Mit unverkennbarem Spott erkundigte sich Sergej Gusev daraufhin bei Thälmann, was „denn dann die charakteristischen Merkmale der zweiten Phase der Dritten Periode“ seien. Wie auch Chicherin warnte er davor, die Ausschreitungen in Berlin überzubewerten: „Wir halten die Hinweise auf eine neue Phase der Dritten Periode für falsch“, konstatierte Gusev und forderte Thälmann auf, den Revolutionsoptimismus der deutschen Kommunisten zu zügeln.⁴² Der deutsche Parteivorsitzende fügte sich dieser Anweisung und betonte in seiner

³⁸ Brief Kraus' an Hoelz vom 26. 9. 1930, abgedruckt in: Plener (Hg.), Hoelz, S. 142 f.

³⁹ Vgl. dazu Schumann, Politische Gewalt, der mit Blick auf die preußische Provinz Sachsen (Magdeburg) für die Endphase der Weimarer Republik zu einem ähnlichen Fazit kommt.

⁴⁰ Brief Chicherins an Stalin vom 20. 6. 1929, abgedruckt in: Kvashonkin (Hg.), Sovetskoe rukovodstvo, S. 75–79.

⁴¹ Neben dem Thesenentwurf für den XII. KPD-Parteitag gerieten die Artikel „Zum XII. Parteitag“, in: Die Internationale 13 (1929), Heft 8/9, S. 245–253, und K. Schmidt, Die internationale Lage, der drohende Krieg und die Perspektive der deutschen Revolution, in: ebenda, S. 278–283, in den Blick der Komintern.

⁴² Brief Gusevs an Thälmann vom 3. 6. 1929, RGASPI 495/293/101: 37–42.

Rede vor dem Weddinger Parteitag ausdrücklich noch einmal⁴³, dass Anfang Mai 1929 in Berlin „keine akut revolutionäre Situation gegeben war, geschweige denn die Bedingungen für den bewaffneten Aufstand“.⁴⁴

Doch sollte Gusevs Ermahnung nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die revolutionsoptimistischen Tendenzen nicht auf die KPD beschränkten. Vielmehr äußerten sich die führenden Funktionäre in Komintern und VKP(b) in dieser Frage selbst höchst widersprüchlich, und so lagen die Signale, die das EKKI öffentlich und in internen Schreiben zum Thema Revolutionserwartung und politischer Gewalt der deutschen Parteiführung übermittelte, keineswegs durchgehend auf der betont nüchternen Linie von Gusev. Im Aufruf des WEB zum Berliner „Blutmai“ wurden die Unruhen in Berlin beispielsweise kämpferisch als der Beginn des „Gegenangriffes“ des Proletariates gewertet – und ausgerechnet dieser Aufruf war von allerhöchster Stelle, dem Politbüro der VKP(b), gebilligt worden.⁴⁵ Molotov selbst spitzte die Lageeinschätzung auf dem X. EKKI-Plenum im Juni 1929 noch einmal zu, als er tönte, man müsse schon „ein bornierter Opportunist, ein erbärmlicher Liberaler sein, um hinter den Tatsachen der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung nicht zu erkennen, dass wir mit beiden Beinen eine Periode großer revolutionärer Ereignisse von Weltbedeutung betreten haben“.⁴⁶ Ende 1929 traten die Widersprüche in den Äußerungen aus Moskau noch deutlicher zutage. Offenbar bewerteten einige Funktionäre die „revolutionären Perspektiven“ aufgrund der sich ausweitenden Weltwirtschaftskrise, über die die Komintern ausführlich beraten hatte⁴⁷, nun anders. Die *Pravda* sah Deutschland schon „einem neuen 1923 entgegen“ eilen⁴⁸ – also einer Neuauflage der deutschen „Oktoberrevolution“ –, und Molotov forderte die Kominternführung wenige Wochen später in einem internen Schreiben auf, sie müsse die Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern nun unter einem „kämpferischen, praktischen Blickwinkel“ betrachten, und nicht bloß „allgemein als Krise“.⁴⁹

Derartige revolutionsoptimistische Äußerungen beeinflussten radikal gestimmte Funktionäre in Deutschland, die dort den Kampf um die Macht heraufziehen sahen⁵⁰ und sich weiterhin an Gewalttätigkeiten ergötzen, in denen auch

⁴³ Schon vor dem WEB am 16. 5. 1929 hatte Thälmann erklärt: Die „volle Bewaffnung des Proletariates“ sei „politisch keineswegs richtig und entspräche nicht der jetzigen Situation.“ RGASPI 499/1/12: 40–60, hier: 45 f.

⁴⁴ Zitiert nach: Winkler, Schein der Normalität, S. 681.

⁴⁵ Vgl. den Aufruf des WEB vom 5. 5. 1929 in: Drabkin (Hg.), Komintern i ideja mirovoj revoljucii, S. 693.

⁴⁶ Zitiert nach: Schirinja, Der Kampf in der Komintern, S. 743, Fn. 27.

⁴⁷ Vgl. das Stenogramm der Sitzung der PK vom 17. 11. 1929, RGASPI 495/18/718.

⁴⁸ Leitartikel der *Pravda* abgedruckt in: *Inprekorr* 9 (1929), Nr. 110 (26. 11.), S. 2597 f.

⁴⁹ Der Brief Molotovs vom 21. 12. 1929 wird zitiert in dem Brief Pjatnickijs an Stalin vom 26. 12. 1929, RGASPI 495/19/236: 100 f., hier: 101. Das Original konnte bislang nicht aufgefunden gemacht werden. Ähnlich äußerte sich Molotov nochmals am 17. 5. 1930 in der Sitzung der PK des EKKI, RGASPI 495/4/31: 6–11, hier: 7.

⁵⁰ Vgl. Merker, Das nächste Kettenglied. Merker hatte diese Behauptung zwar mit der Bemerkung eingeschränkt, dass zunächst die „Massen“ für diesen Kampf mobilisiert werden müssten, doch im Gesamtrahmen seines Artikels hatte diese Einschränkung kaum Gewicht.

sie das Vorspiel der kommenden Revolution erblickten. Begeistert berichtete beispielsweise der neue deutsche Vertreter beim EKKI, Fritz Heckert, Ende Dezember 1929 von einer Arbeitslosendemonstration, die einige Tage zuvor an Heiligabend über den Kurfürstendamm gezogen war. Die Demonstranten, so erklärte Heckert stolz, hätten „die Parolen der Partei aufgegriffen: Demonstriert in den Quartieren der reichen Leute. Pflanzt einen Ziegelstein auf ihren Weihnachtsbaum.“ Es seien vielfach Polizeikordons durchbrochen und die Schaufenster von Luxusgeschäften eingeworfen worden. „Die Bourgeoisie hat alle Lichter gelöscht und fühlte sich sehr bedrückt. Die Lage zeigt, dass die Arbeitermassen anfangen, ernstlich zu reagieren.“⁵¹ Gusev dagegen warnte die KPD daraufhin erneut, sich zu einem „vorzeitigen Angriff“ provozieren zu lassen⁵² und erläuterte, dass solange „die ausschlaggebenden Schichten des Proletariats“ – also die in SPD und reformistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter – noch nicht „von der Notwendigkeit der Beschreitung des Weges der Revolution“ überzeugt seien, man nicht die „Losung des bewaffneten Aufstandes [und] des unmittelbaren Kampfes um die Macht“ proklamieren dürfe.⁵³

In dieser Weise ging es immer wieder hin und her: Auf revolutionsoptimistische Äußerungen deutscher Funktionäre reagierte man in Moskau höchst widersprüchlich. Entsprechend lange dauerte es, bis sich die Komintern dazu durchringen konnte, die KPD zu verpflichten, vorläufig auf Gewalt zu verzichten. Bemerkenswerterweise war es ausgerechnet der Aufstieg des Nationalsozialismus, der die Funktionäre in Moskau dazu brachte, sich in dieser Frage deutlicher zu positionieren, denn offensichtlich ließ sich der Massenzulauf zu den Nationalsozialisten mit Gewalt allein nicht aufhalten. Obwohl die KPD-Führung im Frühjahr 1930 selbst festgestellt hatte, dass „auch nicht unbedeutende Teile der Arbeiterschaft“ in die „Fangarme des Nationalfaschismus“ geraten waren⁵⁴ – eine Beobachtung, die die „schematische Anwendung“ von Gewalt „unzweckmäßig“ erscheinen ließ, wie es in einer Resolution über den „Kampf gegen den Faschismus“ hieß⁵⁵, widersetzte man sich in Berlin der von der Komintern verordneten Abkehr von der Gewalt. Strittig war vor allem, wie die Arbeit des illegalen RFB neu konzipiert werden sollte. Der Schwerpunkt seiner Arbeit sollte nach Moskauer Vorstellungen nämlich nicht mehr im „physischen Kampf“ liegen, sondern in der „politischen Massenarbeit zur Loslösung der Arbeiterelemente von den faschistischen Organisationen“.⁵⁶

⁵¹ Bericht Heckerts in der Sitzung des MELS vom 31. 12. 1929, RGASPI 495/28/42: 16. Vgl. dazu Brief Neumanns an Heckert vom 2. 1. 1930 über die gespannte Lage in Berlin nach Weihnachten, RGASPI 495/292/51: 2f.

⁵² Gusev in der Sitzung der Deutschen Kommission des Erweiterten Präsidiums des EKKI vom 25. 2. 1930, RGASPI 495/24/101: 2–27, hier: 27.

⁵³ Briefentwurf des MELS an Sekretariat des ZK der KPD vom 13. 1. 1930, RGASPI 495/4/10: 34–49, hier: 38.

⁵⁴ „Der Nationalfaschismus in Deutschland“, o.D. [Frühjahr 1930], SAPMO-BArch RY 5/I 6/3/345: 1–3.

⁵⁵ „Resolution über den Kampf gegen den Faschismus“ vom 4. 6. 1930, veröffentlicht in der Roten Fahne vom 15. 6. 1930. Vgl. Rosenhaft, *Beating the Fascists?*, S. 68.

⁵⁶ Entwurf einer „Resolution über die Aufgaben des RFB“ von „Alfred“ [d.i. Tuure Lehen] vom 18. 6. 1930, RGASPI 495/4/38: 11–16, hier: 16. Allerdings war dieser neue Ansatz im

Die KPD-Spitze hatte eigene Pläne: Während den RFB-Mitgliedern nach außen hin gemäß Anweisung der Komintern der „ideologisch-politische Kampf“ zur Aufgabe gemacht wurde, beschloss die Parteileitung im August 1930 unter strengster Geheimhaltung, mit Schusswaffen ausgerüstete Gruppen aufzustellen, die eine Stärke von 50 bis 100 Mann erreichen und den Bezirkssekretären „zu besonderer Verwendung“ direkt unterstellt werden sollten. Die Gewalt als Mittel der Politik sollte also nicht aufgegeben, sondern lediglich nicht mehr mit der KPD in Verbindung gebracht werden: Die Mitglieder der geplanten Geheimkommandos sollten „ihrem Charakter nach“ die Gewähr dafür bieten, so hieß es in dem entsprechenden Beschluss der deutschen Parteiführung, dass sie auch im Falle einer Verhaftung „keinesfalls als Kommunisten überführt werden können“.⁵⁷ Dass die KPD-Spitze weiterhin gewaltsame Aktionen plante, wurde auch aus den in diesem Zusammenhang aktualisierten Beschlüssen über die „wehrhaften Auseinandersetzungen mit den Faschisten“ deutlich. „Hauptprinzip“ derartiger Aktionen müsse sein, dass sie „nach außen ausschließlich als reine Abwehr erscheinen, in Wirklichkeit jedoch organisierte Aktionen darstellen“. Im Verlaufe des bevorstehenden Reichstagswahlkampfes sollten blutige Auseinandersetzungen mit Nationalsozialisten allerdings weitestgehend vermieden werden.⁵⁸

Ob diese Planungen realisiert wurden, ist zwar umstritten (und erscheint schon allein aufgrund der knappen Ressourcen der KPD recht unwahrscheinlich⁵⁹), doch die Gegensätzlichkeit der Planungen in Moskau und Berlin zeigen deutlich, welche Spannungen zwischen Komintern und KPD in dieser Frage bestanden. Dass solche Diskrepanzen bestanden, war im Grunde paradox – meinten die deutschen Funktionäre doch nicht völlig grundlos, mit ihrer Militanz dem bolschewistischen Ideal eines Revolutionärs zu entsprechen. Bezeichnend ist ein Bericht der Internationalen Roten Hilfe (MOPR) vom Herbst 1931 über nach Moskau reisende deutsche Politemigranten. Die Deutschen würden, so stellte der Autor sichtlich genervt fest, „fast alle von einer Militärschule hier reden und die Forderung stellen, nach dort kommandiert zu werden“.⁶⁰ Dass ihrem Wunsch von sowjetischer Seite nicht begeistert entsprochen wurde, wird für viele KPD-Funktionäre eine enttäuschende Überraschung gewesen sein. Dafür wurden aber jene deutschen Kader, die es tatsächlich auf die Militärschule schafften, umso enthusiastischer von deren Leiter, Karol Swierczewski („General Walter“), gelobt. Er attestierte der KPD, Genossen von guter „Qualität“ nach Moskau delegiert zu

EKKI anfangs umstritten. Vgl. das Protokoll Nr. 67 der PK des EKKI vom 18. 6. 1930 „Meinungsverschiedenheiten in den zwei Resolutionsentwürfen der Gen. Wassiljew und Alfred [d. i. Tuure Lehen] über die Aufgaben des R.F.B“, RGASPI 495/4/38.

⁵⁷ Streng vertrauliche „Beschlüsse [des Sekretariates des ZK der KPD] über den Parteischutz“ vom 16. 8. 1930, SAPMO-BArch RY 1/I 2/5/3: 87–89.

⁵⁸ Ebenda. Hervorhebungen im Original.

⁵⁹ Historiker wie Striefler, *Kampf um die Macht, und Rosenhaft, Beating the Fascists?*, gehen von einer hohen tatsächlichen Militarisierung der KPD aus. Schumann, *Politische Gewalt*, betont demgegenüber, exzessive Gewalt von kommunistischer Seite sei vor allem auf die Anfangsjahre der Republik und in den folgenden Jahren auf Berlin konzentriert gewesen und habe sich später vor allem auf Schlägereien und Propaganda beschränkt.

⁶⁰ Brief „Urbans“ an unbekannt vom 27. 9. 1931, RGASPI 495/19/525: 39a.

haben: Im Gegensatz zu den Polen wüssten die Deutschen die „Wichtigkeit und Bedeutung der militärischen Arbeit der Partei“ richtig einzuschätzen.⁶¹ Hier endlich konnten die zukünftigen Untergrundkommandeure alles lernen, was für den erwarteten Bürgerkrieg notwendig schien⁶²: von der „Theorie und Praxis des bew[affneten] Aufstandes“ über „Partisanentätigkeit und Straßenkampf“ bis hin zum „Umgang mit Sprengstoff“⁶³, wobei der Sprengstoffkunde-Lehrer Josef „Gustl“ Gutsche im Herbst 1931 während einer geselligen Zusammenkunft im Hotel Lux betonte, „man müsse den Genossen ganz einfache und konkrete Dinge geben, die sie unter jeden Bedingungen anwenden könnten und deren Zutaten sie in Mutters Küche finden müssten“.⁶⁴

Freilich war die Militärschule der Komintern ein Ort, an dem ein völlig anderes Verständnis von Gewalt gepflegt wurde, als dies in der KPD vielfach der Fall war: Die Komintern wollte hier den Kern einer zukünftigen, straff organisierten Bürgerkriegsarmee aufbauen, die auf dem Prinzip von Befehl und Gehorsam basierte; der unorganisierte, disziplinlose „individuelle Terror“ dagegen war den Bolschewiki ein Graus, weil er zu schnell außer Kontrolle geraten konnte.

Um diesen Unsicherheitsfaktor zu beseitigen, entschloss man sich in Moskau im Herbst 1931, die KPD zum öffentlichen Gewaltverzicht zu drängen. Diese Initiative war nicht zuletzt auch durch die Befürchtung der Komintern motiviert, die deutschen Behörden könnten die Terrorakte von Parteianhängern zum Anlass nehmen, die KPD kurzerhand zu verbieten.⁶⁵ Diese Annahme war durchaus begründet: Schon mehrmals war das Karl-Liebknecht-Haus nach kommunistischen Gewalttaten tagelang von der Polizei besetzt und auf belastendes Material durchsucht und die *Rote Fahne* zeitweise verboten worden.⁶⁶ Als im Oktober 1931 nun der General und Reichswehrminister Wilhelm Groener zusätzlich das Innenressort übernahm, schien ein Verbot der KPD immer wahrscheinlicher zu werden, denn Groener hatte vom bisherigen Reichsinnenminister Joseph Wirth ständig gefordert, endlich „der kommunistisch-bolschewistischen Gefahr in Deutschland mit sofortigen und durchgreifenden Maßnahmen zu begegnen“.⁶⁷ Tatsächlich berief Groener nach seiner Ernennung sogleich für den 17. November eine Konferenz der Innenminister der Länder ein, auf der über die „Unterdrückung politischer Gewalttaten“ beraten werden sollte.⁶⁸ In Moskau erkannte man deutlicher als im Karl-Liebknecht-Haus, welche Gefahr hier der KPD drohte. Die Komin-

⁶¹ Bericht des Leiters der Militärschule der Komintern K. Sverchevskij vom 17. 2. 1933 über den Jahrgang 1931/32, RGASPI 495/25/1349: 1–10.

⁶² Vgl. Gilensen, Die Komintern und die „paramilitärischen“ Formationen der Kommunistischen Partei Deutschlands.

⁶³ Ebenda.

⁶⁴ Berichte „Urbans“ und Erna Hillers vom 14. 9. 1931, RGASPI 495/19/705: 16 f., 21.

⁶⁵ Vgl. Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 58, 94 über Manuilskijs Aussagen aus dieser Zeit. Noch im Februar 1932 verwies Pieck vor dem ZK der KPD auf die Sorgen der Komintern vor einem plötzlichen Verbot der KPD, vgl. Rosenhaft, Die KPD in der Weimarer Republik, S. 414. Er benutzte dabei ähnliche Formulierungen wie Manuilskij.

⁶⁶ Vgl. Grzesinski, Im Kampf um die deutsche Republik, S. 281.

⁶⁷ Brief Groeners an Wirth vom 14. 8. 1931, abgedruckt in: AdR, Kabinette Brüning, Bd. 2, S. 1562 f.

⁶⁸ Zu dieser Konferenz vgl. Schulz, Staat und NSDAP 1930–1932, S. 220–226.

tern hatte bereits der vertraulichen Versicherung misstraut, die Wirth wenige Monate zuvor in seinem Gespräch mit Werner Hirsch gemacht hatte, wonach die deutschen Behörden vorerst nicht vorhätten, die Partei zu verbieten.⁶⁹ Als Heinz Neumann und Ernst Thälmann Ende Oktober von Stalin empfangen wurden, wurden sie daher verpflichtet, dass sich die KPD öffentlich vom „individuellen Terror“ loszusagen habe.⁷⁰ Vor allem Neumann sträubte sich jedoch; im engsten Kreise erklärte er offen, nicht gegen Gewaltaktionen der Basis vorgehen zu wollen.⁷¹ Erst wenige Tage vor der Konferenz der Innenminister über den Kampf gegen die politische Gewalt, als ein Parteiverbot direkt bevorzustehen schien, lenkte er ein und verfasste die Resolution, die dann gerade noch rechtzeitig vor der Konferenz am 13. November veröffentlicht wurde.⁷²

Dass Neumann sich der Aufgabe widersetzte, die Resolution zu verfassen, lag nicht nur in seiner persönlichen Radikalität begründet. Vielmehr erkannte er, dass die KPD-Führung mit einem solchen Entschluss bei vielen Funktionären auf Unverständnis stoßen würde: Schon Mitte Juli 1930, als sich die KPD halbherzig von der Parole „Schlag die Faschisten, wo ihr sie trifft!“ distanziert hatte, hatte sie mit diesem Beschluss wenig Begeisterung ausgelöst. Neumann berichtete kurz danach im ZK über ein Gespräch mit einem Funktionär, der ins Karl-Liebknecht-Haus gekommen war und ihm erklärt habe: „Eure neue Taktik der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Faschismus ist Unsinn. Wir haben jetzt eben 2 Stunden lang mit ein paar Faschisten diskutiert und das Endergebnis war doch, dass wir ihnen ein paar in die Fresse hauen mussten.“⁷³ Ähnliche Reaktionen löste die Resolution gegen den „individuellen Terror“ vom November 1931 aus.⁷⁴ Thälmann berichtete der Komintern, dass es in der Partei einige Genossen gebe, „die nicht

⁶⁹ Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 20. 8. 1931, RGASPI 495/292/54: 236–241, hier: 236, mit Bezug auf den Bericht Hirschs „Das Verbot der Roten Fahne und die Frage des Parteienverbotes“ vom 5. 8. 1931, über sein Gespräch mit Wirth Anfang August 1931, RGASPI 495/293/117: 57–60. Wirth bezog sich in diesem Gespräch auf das Memorandum des Regierungsrates von Lengriesser über „Die Vorbereitung der gewaltsamen Verfassungsänderung durch die KPD“ vom 22. 7. 1931, in der festgestellt worden war, dass keine akute Aufstandsfahr bestehe. Zu diesem Memorandum vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 393.

⁷⁰ Vgl. Thälmanns Ausführungen in der Sitzung der PK vom 14. 5. 1932, RGASPI 495/4/188a: 39.

⁷¹ Vgl. Brief Thälmanns an Neumann vom 8. 1. 1932, RGASPI 495/19/527a: 203–205, hier: 203.

⁷² Vgl. Thälmanns Ausführungen in der Sitzung der PK vom 14. 5. 1932, RGASPI 495/4/188a: 39. Beschluss des Zentralkomitees der KPD, in: Rote Fahne vom 13. 11. 1931. Vgl. dazu Rosenhaft, *Beating the Fascists?*, S. 77–79, und dies., *KPD der Weimarer Republik*, S. 413 f., v. a. Fn. 62.

⁷³ Heinz Neumann vor dem Zentralkomitee der KPD vom 16./17. 7. 1930, zitiert nach: Mevius, *Vijandige Broeders*, S. 83. Zu den Widerständen von Teilen der KPD-Basis gegen die Abschwächung der Gewalt vgl. auch Rosenhaft, *Die KPD in der Weimarer Republik*, v. a. S. 415, und Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 565, 581–583.

⁷⁴ Zu den Widerständen gegen die Abkehr vom Terror vgl. Mallmann, *Kommunisten*, S. 376, Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 565, 581–583 (mit Schwerpunkt auf dem „Kampfbund gegen den Faschismus“) und Rosenhaft, *Die KPD in der Weimarer Republik*, S. 415–419 (mit Schwerpunkt auf dem KJVD).

ganz überzeugt sind von unserem Beschluss“.⁷⁵ Das war noch sehr zurückhaltend formuliert – Informanten der Polizei in Berlin erfuhren, dass der öffentliche Gewaltverzicht in Teilen der Basis als „verkalkt“ und „versöhnlerisch“ verspottet wurde und man der KPD-Spitze vorwarf, sie „kneife“ und sei „zu schlapp“.⁷⁶ Die Berliner KJVD-Gruppe zeigte sich empört, dass sie sich wegen der „Furcht vor der Illegalität“ davon abhalten lassen solle, auf SA-Überfälle mit „Wiedervergeltung“ zu reagieren.⁷⁷ Noch im Frühjahr 1932 berichtete Thälmann der Komininternführung, in der KPD meinten einige, die NSDAP sei groß geworden, „weil sie durch ihren Terror und durch ihre Mordtaten gegen die revolutionäre Arbeiterklasse bei dem Kleinbürgertum Respekt bekommen haben.“ Diese Genossen verlangten daher, gegen die Nationalsozialisten mit ähnlichen Methoden vorzugehen.⁷⁸

Um zu verhindern, dass die kommunistische Basis dennoch Gewalt ausübte, wurden Schlägereien mit politischen Gegnern und Angriffe auf die Polizei schließlich zum parteifeindlichen Akt erklärt: Manuiskij erklärte im Oktober 1931, die Gewalttäter seien meist entweder „agents provocateurs“ der Polizei oder „klassenfremde Elemente“, die es durch ihre „anarchistischen“ Terrorakte darauf anlegten, der Partei zu schaden.⁷⁹ Dies nutzte allerdings wenig, da die deutsche Partei ihre Anhänger teilweise nicht unter Kontrolle hatte: In einer gemeinsamen Sitzung des EKKI und der IKK Anfang Oktober 1931 berichtete der stellvertretende deutsche Vertreter, Sepp Schwab, dass mehrere politische Morde der vergangenen Monate, nach denen die deutsche Parteiführung zunächst jegliche kommunistische Beteiligung bestritten hatte, tatsächlich von kommunistischen Funktionären begangen worden seien – die KPD-Spitze sei über diese eigenmächtigen Gewalttaten einfach nur nicht informiert worden.⁸⁰ Zu den bekanntesten dieser Anschläge gehört der damals erst zwei Monate zurückliegende Doppelmord an zwei Polizisten auf dem Berliner Bülowplatz, an dem der spätere DDR-Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, beteiligt gewesen war.⁸¹

Hier rächte sich nun, dass die KPD mit ihrer revolutionären Propaganda nicht zuletzt für die Gruppen attraktiv wurde, die sich gerade von der Gewalttätigkeit ihrer Sprache angezogen fühlten: Jugendliche, radikalisierte Erwerbslose und offensichtlich auch nicht wenige Kleinkriminelle.⁸² In diesem Teilmilieu der Arbei-

⁷⁵ Brief Thälmanns an Pieck vom 27. 11. 1931, RGASPI 495/292/56: 199–201, hier: 199.

⁷⁶ Bericht der Berliner Polizei über die innerparteiliche Lage der KPD vom 8. 12. 1931, zitiert nach: Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 581.

⁷⁷ KJVD Gruppe Nordkap (Berlin) an ZK der KPD vom 19. 11. 1931, zitiert nach: Mallmann, *Kommunisten*, S. 376.

⁷⁸ Vgl. Thälmanns Ausführungen in der Sitzung der PK vom 14. 5. 1932, RGASPI 495/4/188a: 39.

⁷⁹ Referat Manuiskij in der gemeinsamen Sitzung EKKI, IKK über die „Provokation“ am 6. 10. 1931, RGASPI 495/18/864: 6–94, hier v. a.: 35.

⁸⁰ Bericht Schwabs auf der gemeinsamen Sitzung EKKI, IKK über die „Provokation“ am 6. 10. 1931, RGASPI 495/18/864: 253–259, hier: 258. Er bezog sich hier v. a. auf die Ermordung eines Polizisten in der Frankfurter Allee in Berlin Friedrichshain.

⁸¹ Zur inzwischen erwiesenen Ausführung der Morde durch Erich Mielke und Erich Ziemer vgl. Otto, Erich Mielke, S. 24–26.

⁸² Vgl. Rosenhaft, *Organising the „Lumpenproletariat“*.

terschaft war die Gewalt Teil des Alltags, wenngleich sie wohl nicht in dem Maße zum Lebensstil gehörte wie bei den Angehörigen der SA.⁸³ Das Versprechen Thälmanns vom Frühjahr 1929, diejenigen Teile des Proletariates für die KPD zu gewinnen, „die revolutionärer sind“⁸⁴, erwies sich für die kontrollsüchtigen Bolschewiki insofern als Danaergeschenk. Gusev warnte intern schon im Februar 1930 vor der Eigendynamik von Erwerbslosendemonstrationen: Arbeitslose seien „leicht zu beeinflussendes Material“ und gingen bei unvorsichtiger Agitation schnell zu den „höchsten Kampfesformen“ über.⁸⁵ Auch der Vorsitzende der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI), Rafael' M. Khitarov, kritisierte zu dieser Zeit in einer eigens anberaumten Sitzung scharf die Auffassung deutscher Jugendfunktionäre, wonach „Demonstrationen bewaffnet sein müssen, dass man Waffen bei sich tragen muss, dass man nicht widerstandslos auseinanderlaufen soll“.⁸⁶ Der bei dieser Sitzung ebenfalls anwesende Heckert fand mittlerweile viel kritischere Töne über gewalttätige Demonstrationen als noch einen Monat zuvor im MELS des EKKI. In Berlin ließen sich die jungen Kommunisten bei Demonstrationen „immer zu den dümmsten Teilen“ hinüberziehen, stellte er jetzt fest: „Irgendein Autoreifen platzt – man schreit ‚Es ist geschossen worden‘ – die Demonstration ist im Nu auseinander, weil jeder natürlich an erster Stelle sein will, [um] eine persönliche Heldentat zu vollbringen.“⁸⁷

Die Komintern musste gleichwohl erkennen, dass sich die fluktuierende Anhängerschaft der KPD nicht in dem Maße disziplinieren ließ, wie sie sich das wünschte: Während auf der einen Seite „Opportunisten“ die Gründung von Betriebszellen unterliefen, missachteten auf der anderen Seite vor allem radikalisierte Jugendliche das Gewaltverbot. Ein großer Teil der Gewaltaktionen war allerdings ein Produkt der Propaganda von Komintern und KPD: Indem ständig Gewalt und Bürgerkrieg als Mittel der Politik gepriesen wurden, baute die kommunistische Führung eine Erwartungshaltung auf, die sich unweigerlich in Gewalt entladen musste. Die Geister, die Komintern und KPD gerufen hatten, wurden sie nun nicht mehr los: Als die Moskauer Funktionäre den „individuellen Terror“ im Herbst 1931 schließlich zum parteifeindlichen Akt deklarierten und unkontrollierte Gewaltakte der Basis zum Werk von „Provokateuren“ erklärten, gestanden sie damit offiziell ein, die Kontrolle über die eigene Anhängerschaft verloren zu haben.

⁸³ Zur Gewalt als Teil der Lebenskultur in den faschistischen Milieus Italiens und Deutschlands vgl. Reichardt, *Faschistische Kampfbünde*.

⁸⁴ Thälmann in der Sitzung des PS am 27. 4. 1929, RGASPI: 495/3/101: 344.

⁸⁵ Gusev in der Sitzung der Deutschen Kommission des Erweiterten Präsidiums des EKKI vom 25. 2. 1930, RGASPI 495/24/101: 2–27, hier: 27.

⁸⁶ Khitarov in der Sitzung des MELS der KJI am 30. 1. 1930, RGASPI 533/8/328: 98–103, hier: 99.

⁸⁷ Heckert in der Sitzung des MELS der KJI am 30. 1. 1930, RGASPI 533/8/328: 115–120, hier: 120.